1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen

Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom

Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D

Bundesverband Deutschland e. V.

12. Jahrgang Nr. 6 Juni 1981

Das europäische A und O ist, den Krieg zu verhindern.

In Washington und Moskau heißt das A, den Krieg vermeiden und das O, ihn notfalls zu gewinnen.
Für Europa gibt es bei einem Krieg nur die Zerstörung.

Egon Bahr vor der Gustav-Heinemann-Initiative in Rastatt am Verfassungstag 1981

Lebensschutz heißt auch Friedensarbeit

Die Lebensfrage „Krieg und Frieden" wird in diesen Monaten in der Öffentlichkeit verstärkt Gegenstand besorgter Überlegungen. Mit Recht wird dies Überlebensproblem auch in die Bewußtseinsbildung der ökologischen Bewegung aufgenommen: Lebensschutz ist nur möglich in einer befriedeten Welt! Lebensschutz bezieht den Schutz der Völker und Einzelmenschen mit ein. Und weil, wer das Leben schützen will, dies nicht durch Vernichtung von Leben tun kann, treten Lebensschützer immer auch für gewaltfreien Widerstand und für die Friedensbewegung ein. Der Rüstungswahnsinn und die Vorbereitung von Vernichtungskriegen mit atomaren, bakteriologischen und chemischen Mitteln (den ABC-Waffen) müssen von uns genauso aktiv in einer Anti-Kriegs-Initiative abgelehnt werden, wie die radioaktive Gefährdung durch die sogenannte „friedliche Nutzung der Atomkernspaltung".

Nicht wenige von uns tragen in sich die Erfahrungen der beiden vorangegangenen Weltkriege und sind dadurch zu Pazifisten geworden. Die allenthalben enftesselten Dämonen jener Jahre sollten „Abschreckung" genug gegenüber einem Wiederholungsversuch sein.

Die Ächtung des Krieges schlechthin, auf die wir 1945 angesichts der UN-Charta hofften, ist nicht erfolgt. Die Nürnberger Urteile 1946 sind längst durch die beinahe 130 „Kleinkriege" (nach v. Weizsäcker), die danach — ohne Sühne bis heute — erfolgten, zur vergeltenden Sieger„justiz" entwertet.

In den gegenwärtigen Kategorien einer Abschreckungs- und Vernichtungsstrategie überhaupt zu denken, wird angesichts der Frage, „wie sieht denn ein Sieg aus?" für jeden konsequenten Humanisten zum Verbrechen. Darf nach den furchtbaren Gewalttaten, die sich Menschen gegenseitig durch Krieg, Vernichtungslager und Bombenterror bis zur Steigerung von Hiroshima nicht in grauer Vorzeit, sondern in unserem Jahrhundert bereits angetan haben, überhaupt noch von Krieg als einem möglichen Mittel der Politik gesprochen werden, ohne daß ein Aufschrei der Empörung durch die Völker geht und sie ihr Mandat derartig frivolen und phantasielosen Politikern unter Protest entziehen?

Wenn die in Partei- und Betriebshierarchien oder in Computergesteuerten Bürokratien fest eingezwängten Männer dies nicht mehr vermögen, dann sollten wenigstens die Frauen auf der ganzen Welt von ihrer schweigenden Macht Gebrauch machen und die Mitarbeit verweigern. „Die Dynamik, die eine Friedensbewegung motivieren und etwas verändern könnte, kann nur noch von unten, von der Basis kommen, wir können nichts mehr von Parteien, Regierungen und auch nicht von Kirchen erwarten", sagte dem Sinn nach **Erhard Eppler** in Rastatt.

Damit ist auch die Grenze herkömmlicher Politik umschrieben **und eine neue Dimension politischen Handelns** angekündigt.

Werner Georg Haverbeck

Volksbegehren über atomwaffenfreie Bundesrepublik gefordert

Der „Weltbund zum Schutze des Lebens e. V." fordert in einer an den Bundestag und die Bundesregierung gerichteten Antragschrift die Durchführung eines Volksbegehrens in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei sollen die Bürger unmittelbar darüber entscheiden, ob die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Territorium gebilligt oder abgelehnt wird.

Die Antragsteller berufen sich darauf, daß die Väter des Grundgesetzes die Verwirklichung der allein vom Volke ausgehenden Staatsgewalt in „Wahlen und Abstimmungen" vorgesehen haben. Bisher wurden nur die Wahlen zum Bundestag geregelt, nicht aber auch die Durchführung von „Abstimmungen".

Die Legitimation

Artikel 21 des Grundgesetzes legt fest:

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes **mit.** Dieser Verfassungstext schließt also eindeutig jeden **Allein**vertretungsanspruch der Parteien aus. Diese sind auch zunehmend und immer augenfälliger werdend nicht mehr in der Lage, die wirklichen Lebensinteressen der Bürger ungehindert zu vertreten und Schaden abzuwenden. Denn der Parteienstaat, der aus der Kaiser- und Weimar-Zeit stammt, ist seit langem überholt und offenbar nicht mehr im notwendigen Maß funktionsfähig. Mit dem Stagnieren des „Wachstums" und damit der notwendigen „Vollbeschäftigung" entfallen die Grundlagen des bisherigen Wirtschaftssystems und damit auch die der politischen Parteien.

Gleichwohl werden die Anerkennung der „Verbandsklage" auch auf den Gebieten des Lebens- und Umweltschutzes, die volle Demonstrationsfreiheit gegen zerstörerische Projekte und „Massenklagen" unterbunden und der für eine Demokratie unentbehrliche Informationsfluß nur teilweise entfaltet. Es haben nicht einmal alle Bundesländer die Normenkontrollmöglichkeit nach der Verwaltungsgerichtsverordnung eingeführt und damit den Fortbestand rechtswidriger Normen bewußt in Kauf genommen. Bei den Anti-Atomprozessen ist ein Abgleiten der richterlichen Prüfung in technische Einzelheiten zu befürchten und so eine Ablenkung vom rechtlichen Kern dieser Auseinandersetzungen, also von einer umfassenden Güterabwägung und einer Beurteilung der Notwendigkeit und Tragbarkeit von Atomanlagen schlechthin.

Die neuen und alternativen Kräfte, vor allem die großen Organisationen und Verbände des Lebens- und Weltschutzes, müssen in die Freiräume der morsch und langweilig gewordenen und schrumpfenden Mächte nachströmen, um eine allmähliche Unregierbarkeit gerade bei der Lösung von Überlebensfragen auszuschließen. Der „Weltbund zum Schutze des Lebens" macht das in Art. 21 des Grundgesetzes niedergeschriebene Recht geltend, die Ausübung des Volkswillens zu fördern und herbeizuführen.

Der Antrag lautet wörtlich:

Bundesrat und Bundesregierung werden daher gebeten,

die Voraussetzungen für ein Volksbegehren auf Bundesebene zu schaffen, das eine Abstimmung über die Frage ermöglicht:

Werden Stationierung, Herstellung und Transport von Atomwaffen auf deutschem Boden gebilligt oder abgelehnt?

Nachwort

Der eingebrachte Antrag soll auch die Bemühungen der seit langem schwebenden Verhandlungen der MBFR (Mutual Balanced Forces Reduction) tatkräftig unterstützen.

Kommentar:

In einer vom Bundesvorstand des WSL-D am 3. Mai ds. J. verabschiedeten Erklärung des Präsidenten und des Rechtsbevollmächtigten Dr. Dr. Klaus Sojka heißt es einleitend zur Begründung des Antrags:

„Die Verachtung des Lebens, die in millionenfacher Vernichtung von Menschen und zum Völkermord insbesondere in der jüngeren Geschichte führte, erfordert einen grundsätzlichen Bewußtseinswandel und eine Neueinstellung zum Leben und dessen umfassenden Schutz. Darüber hinaus ist die Tatsache, daß die vor allem durch Krieg und Kriegsfolgen entfesselten unermeßlichen Schäden in steigendem Umfang die Zivilbevölkerung treffen.

Deswegen fühlt sich der Weltbund zum Schutze des Lebens aufgerufen, eine wiederholte Mißachtung urtümlicher Grundwerte mit allen vom Grundgesetz vorgesehenen rechtlichen und demokratischen Mitteln abzuwehren.

Die erneute Unmenschlichkeit zeichnet sich ab durch eine unverantwortliche, die gesamte Menschheit bedrohende Rüstung, durch die in großem Ausmaß bereits irreparable Zerstörung der Erde als Existenzbasis ihrer Bewohner sowie vor allem durch eine Verrohung des Denkens, die den Bürger einem nicht erfaßbaren atomaren „Restrisiko" ausliefert."

Dies soll jetzt in elementaren Lebens- und Überlebensfragen anders werden. Ein Sprecher des Weltbunds: „Volksabstimmungen vor allem auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes, zur Abwendung der Vergiftung des Bodens, des Wassers und der Luft, vor allem aber zu Atomanlagen und zur Stationierung von Atomwaffen sind nicht länger zu verschleppen. Denn unser dichtbesiedeltes Gebiet, das mit zu den ersten Zielen eines Atomschlags zählt, würde bei einer atomaren Auseinandersetzung größtenteils zerstört, seine Bewohner würden weitgehend ausgerottet. Dieser Tatsache gegenüber erscheint das Risiko, das von einem abc-freien Raum ausgehen kann und das keineswegs verkannt wird, als das erträglichere". Es werde hierdurch auch ein allmähliches Auseinanderrücken der Atombasen und damit eine langsam sich vergrößernde militärisch neutrale Zone erwartet. Irgendwo müsse begonnen werden.

Sollte das beantragte Volksbegehren abgelehnt werden, dann würde der Weltbund eine Volksabstimmung gerichtlich einklagen.

Das Bundeskanzleramt teilte inzwischen mit, daß der Antrag zuständigkeitshalber auch dem Bundesminister des Inneren, dem Bundesverteidigungsminister und dem Auswärtigen Amt zugeleitet worden ist. Der Bundestagspräsident meinte, sich der Pflicht einer Prüfung mit Berufung auf das Grundgesetz, das keine Volksabstimmungen im Bundesbereich zulasse, entziehen zu können.

Wir werden über den Fortgang weiter berichten.

Vor 23 Jahren ...

„Ich schäme mich für das ganze Parlament, daß diese Rede hier gehalten worden ist!" so tadelte der CDU-Abgeordnete **Kurt Georg Kiesinger** im März 1958 seinen SPD-Vorredner aus Hamburg. Was solche Zwischenrufe wie „das war die kommunistische Rede par excellence" hervorgerufen hatte, waren vor allem die Sätze, die wir aus **Die Zeit** vom **29. Mai 1981**, S. 9 entnehmen:

„Wir sagen dem deutschen Volke in voller, ernster Überzeugung, daß der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Bomben gegeneinander zu bewaffnen, in der Geschichte einmal als genau so schwerwiegend und verhängnisvoll angesehen wird, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war".

Und dieser Abgeordnete fügte noch hinzu: „Sie wollen den Frieden erhalten dadurch, daß Sie den atomaren Krieg vorbereiten".

Dieser Sozialdemokrat hieß übrigens **Helmut Schmidt.**

Rudolf Böhm †

Ein Bundesgenosse hat seinen stillen Abschied von uns genommen: Rudolf B ö h m ist am 22. 5. ds. J. unerwartet als 81-Jähriger gestorben. Als Mitgründer und 1. geschäftsführender Vorsitzender des W a e r l a n d - B u n d e s, der dem WSL korporativ angehört, war er bis zuletzt rastlos tätig. Den Bundesgenossen im Waerland-Bund gehört unsere Teilnahme für diesen Verlust.

Für das Präsidium des WSL-D
Werner Georg Haverbeck

Dr. Georg Amsel geehrt

Der 2. Vorsitzende des WSL Baden-Württemberg, Dr. Georg Amsel erhielt für seine Verdienste in der Schmetterlingsforschung die **Fabricius-Medaille.** Wer den verdienten Biologen und sein Lebenswerk kennen lernen durfte, freut sich mit ihm über eine Auszeichnung, die zugleich den Bund ehrt, dem er aus tiefster Überzeugung dient.

Dieser Ausgabe liegt Info VIII zur Kenntnisgabe bei, versehentlich bereits für LSI 5/81 angekündigt.

Aus dem Inhalt — **Seite**

Die Beiträge in den LSI geben die Meinung ihres jeweiligen Verfassers wieder. Es ist daraus nicht ohne weiteres abzuleiten, daß es auch die Meinung der LSI-Redaktion oder die Meinung des WSL sei.

Wohin gehen unsere Steuergelder?

Warum wir kein Geld für Bildung, Umweltschutz und Entwicklungshilfe haben, wird aus folgender dpa-Meldung ersichtlich:

> „Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat für die Beschaffung des Waffensystems MRCA-Tornado zusätzlich 265 Millionen Mark bewilligt. Im Etat 1981 stehen für das Kampfflugzeug nunmehr rund 3 Milliarden Mark zur Verfügung."
>
> **Frankfurter Rundschau 27. 5. 1981**

In der gleichen Zeitung wird auf der ersten Seite darauf hingewiesen, daß in der Welt gegenwärtig **pro Minute 2,3 Millionen Dollar für Rüstungszwecke** ausgegeben werden. Das anerkannte Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) hat diese Zahlen ermittelt. Der Direktor des Instituts **Frank Barnaby** hat auf einer Konferenz über „Krieg und Umwelt" darauf hingewiesen, daß kein Wissenschaftler „auf überzeugende Art beweisen könne, daß das menschliche Leben nach einem Atomkrieg auf unserem Planeten fortbestehen werde".

Leider wird nicht gesagt, wie viel Rohstoffe und vor allem Energie damit gebunden und dem Alltagsleben der Menschen entzogen werden. Falls einer unserer Leser hierüber Angaben machen könnte, wären wir für Hinweise dankbar. Bisher werden Angaben über den Energieverbrauch nur unterteilt nach Industrie, Verkehr und Haushalte, wobei alle Kleingewerbe bei „Haushalte" untergebracht werden, vielleicht ist das Militär mit seinem Verbrauch unter „Verkehr" verborgen ?

Wenn die Bevölkerung anderer Meinung ist als die Herrschenden . . .

Eine Mitteilung aus den **Kurz-Informationen** der **Gesellschaft für** Reaktorsicherheit (GRS) 1981, Reihe H, Nr. 4.

Erstmalig wurde in ganz Spanien eine Umfrage zum Thema Kernenergie abgehalten, deren Ergebnisse die Politiker zu dem Schluß kommen ließen, daß im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit noch manches im argen liege. „Wir müssen eine umfassende Aufklärungskampagne auf dem Sektor Kernenergie betreiben", meinte ein Angehöriger des spanischen Energieministeriums. Bei der Sichtung der Umfrageergebnisse hatte sich nämlich herausgestellt, daß 81 % der Bevölkerung sich in Sachen Kernkraft als unzureichend informiert betrachten. Den höchsten Anteil kernenergiefreundlicher Spanier wies die Bevölkerungsgruppe aus, die über profunde Kenntnisse im Nuklearbereich verfügt. Gegen Kernenergie sprachen sich 16 % der Bevölkerung aus, 13,4 % waren dafür und weitere 23,6 % akzeptierten sie unter dem Vorbehalt, daß kerntechnische Anlagen nur in weiter Entfernung von ihrem Wohnort gebaut werden. Unter den Gegnern lehnten 43,8 % die Kernkraft schlechthin als „gefährlich" ab, während 16,9 % den Akzent auf „Gesundheitsgefährdung" setzten. Die Befürworter wiesen auf die Notwendigkeit der Energiebedarfsdeckung oder auf Spaniens erschöpfte Erdölreserven hin.

„Zweifelsohne", so der Sprecher des Energieministeriums, „könnten wir durch ein verantwortungsvolles nukleares Ausbildungsprogramm 60 % der bisherigen Gegner zur Kernenergie bekehren."

Kommentar:

Der Unterschied zwischen einer Diktatur und einer Demokratie besteht anscheinend darin, daß in der Diktatur jeder weiß, daß ein anderer herrscht und in der Demokratie keiner wissen soll daß das so ist.

U. H. W.

WSL-Entwicklungshilfe?

„Warum WSL-Entwicklungshilfe? Der Raubbau, gerade auch in Entwicklungsländern, an der Natur schreitet fort. Ökologische Entwicklungshilfe würde den Ärmsten der Armen besser und langfristig helfen. Die dafür gespendeten Millionen könnten wesentlich mehr Menschen helfen, es wird mit weniger mehr erreicht. . ."

Paul Fiegert, LV — Bayern regt an, daß eine intensive Zusammenarbeit mit den Entwicklungshelfern eingeleitet werden sollte. Ein Seminar zu diesem Thema im COLLEGIUM HUMANUM Ende Mai machte deutlich, wie viel hier zu tun wäre, aber auch wie schwierig es ist, das für die jeweiligen Länder Richtige zu erkennen.

Die Unabhängigkeit des WSL erhalten!

Die Umweltschutz- und Lebensschutzverbände stehen bekanntlich nicht einer, sondern einer ganzen Reihe von Lobbys und anders ausgerichteten Verbänden gegenüber. Diese anderen Verbände haben nicht nur entgegengesetzte Ziele, wie beispielsweise die Atom- und Wachstumswirtschaft, sondern auch oftmals solche Ziele, die mit denen des Lebensschutzes nicht einmal tangieren. Zu den letzteren gehören insbesondere die veralteten ideologischen Gruppierungen, die entweder aus links- oder rechtsdogmatischen Zielsetzungen hervorgehen.

Die Lebensschutzverbände sind dadurch gefährdet, daß sie von allen diesen teilweise äußerst aktiven Gruppen um ihre geistige Grundlage, ihre Überzeugungsfähigkeit und auch um ihre Erfolge beneidet werden. So ergibt sich die Chance für eine Reihe von Vereinigungen, darin, daß sie sich den Lebensschutzverbänden anzuschließen versuchen, indem sie deren Ziele aus taktischen Gründen übernehmen oder indem sie einfach als Mitglieder beitreten **und aufgrund des allseitigen Mitgliederhungers der Verbände dann sogar herzlich aufgenommen werden.**

So werden Naturschutzverbände von Jagdverbänden unterwandert, oder sie erhalten von seiten ihrer Gegner finanzielle Unterstützung, was sie dafür mit Handlungsunfähigkeit automatisch ausgleichen. Beispiel Nummer eins ist die Spaltung der ökologischen Partei, die so hoffnungsvoll anfing und dann durch die dogmatischen Ideologien vergangener Epochen, die in unausgereiften Ideen weiterleben und mit Ökologie nichts zu tun haben, vom ursprünglichen Wege abgelenkt wurde. Eine Reihe von Naturschutzverbänden ist durch allzuviele Mitglieder, welche mit gegnerischen Parteien Doppelmitgliedschaft führen, nahezu gelähmt. Sie können keine entschiedene und vor allem nicht mehr die harte Position vertreten, die notwendig ist, um dem harten Vorgehen der Gegner Widerstand zu bieten.

Vor dieser Entwicklung muß gewarnt werden.

Der WSL erscheint gegenwärtig — wenigstens für Bayern trifft das jetzt weitgehend zu — von Fremd-Strömungen unabhängig zu sein. Einbrüche aus der rechten und linken Szene werde ich mit Entschiedenheit zu bekämpfen versuchen. Die Mitglieder sind darüber hinaus nach jetzigen Kenntnissen nur ganz unwesentlich gleichzeitige Freunde der Regierungsparteien und somit kaum der Gefahr ausgesetzt, unentschlossen und halbherzig bei der Sache des Natur- und Lebensschutzes zu sein.

Dieser Status muß erhalten bleiben.

Ich könnte im Augenblick keinen deutschen Verband nennen, der sich in demselben Maße frei gehalten hat von falschen Mitgliedern und von nichtökologischen Denkschemata der linken und der rechten Ideologien wie eben der WSL.

Rüdiger Brück, LV Bayern



Weil wir das Leben lieben
und uns an der Fülle seiner Erscheinungen
und deren Schönheit freuen,
suchen wir den Frieden zu erhalten.

„WSL-Tribunal gegen Nutzung der Kernenergie"

Der Bundesverband Deutschland des WSL hatte seine Mitglieder und Freunde aufgefordert, Aktionäre der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) zu werden, sofern sie es noch nicht waren, um auch vor diesem Forum unsere Warnung vor dem „Verhängnis Atomenergie" unüberhörbar zur Sprache zu bringen. Trotz aller Finten und Raffinessen, die offensichtlich von den NWK und den Bankinstituten ins Spiel gebracht wurden, um die Aktion abzublocken, mußten die NWK in der Einladung zu ihrer Hauptversammlung die Namen von insgesamt 353 Aktionären abdrucken, die sich in unterschiedlichen Begründungen in Gegenanträgen „gegen NWK-Aktivitäten im Kernenergiebereich" wendeten und Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung verweigerten.

In dieser Veröffentlichung zur Hauptversammlung der NWK heißt es u. a.: „Die Aktionäre halten die Nutzung der Kernenergie durch NWK für betriebs- und volkswirtschaftlich unrentabel und energiepolitisch unvernünftig. Wegen der Umweltbelastungen, der ungelösten Entsorgung und der ungeklärten Endlagerung sei die Kernenergie nicht zu verantworten.

Die Aktionäre verweisen in diesem Zusammenhang u. a. auf Fehlinvestitionen bei Kernenergieprojekten, fehlende Kosten-Nutzen-Analysen, nicht erfaßbare Entsorgungs- und Stillegungskosten, unzutreffende Verfügbarkeitsangaben, auf die Unvertretbarkeit der Nutzung von Strom zu Heizzwecken, unzureichende Verwendung alternativer Energiequellen und der Wärme-Kraft-Kopplung, unrichtige Strombedarfsprognosen, ungesicherte Uranversorgung, unrealistische Erfassung der Umweltbelastungen, fehlende epidemiologische Untersuchungen, mangelnde Berücksichtigung synergistischer Wirkungen, unzureichenden Schutz gegen Unfälle und Sabotage und auf die irreführende Öffentlichkeitsarbeit."

Die Vollmachten waren geströmt, nun kamen die Einladungen, ungezählte Telefongespräche mußten geführt werden und nur derjenige, der etwas Ähnliches bereits einmal unternahm, kann ermessen, was für ein großes Maß an Arbeit neben der täglichen Berufsarbeit mit der Aktion verbunden war.

Wohl noch zu keiner Hauptversammlung einer deutschen Aktiengesellschaft wurden — wie hier — an die 350 Gegenanträge eingebracht.

Die Hauptversammlung der NWK fand am 18. Mai im Saal 2 des Congreß-Zentrum Hamburg statt. Mit ihrem „guten Gewissen" befürchteten die NWK Turbulenzen und sicherten sich wie die Presse berichtete durch hunderte von Wachmännern, Polizisten (mit Hunden) und über den ganzen Saal verstreute „unauffällige Persönlichkeiten".

„Gegen die Kontrollen, die Besucher und Aktionäre der NWK-Hauptversammlung durchlaufen mußten, bevor sie in den Verhandlunssaal gelangten, ist selbst das von Bonner Politiker-Bewachern Gewohnte nur als müdes Kaffee-Kränzchen zu bezeichnen." So die ***Stuttgarter Nachrichten v. 19. 5.***

Sie beschreiben die Kontrolle des perfekten Atomstaates sehr anschaulich:

„Die erste Kontrolle mit Vorweisen der Einladung erfolgte am Fuß der Rolltreppe, die zweite an deren Ende. Im ersten Foyer erwartet den Aktionär dann ein Gepäck-Durchleuchter, wie ihn auch die Polizei auf Flughäfen einsetzt. Sogar Schreiblocks wurden durchleuchtet." Es gäbe ja auch ganz flache Maschinenpistolen, meinte ein Wachmann. „Es folgte das Ablegen aller metallischen Gegenstände, bevor ein Metall-Detektorrahmen durchschritten werden mußte. Gleich dahinter ging es weiter: Abtasten des Körpers unter Einsatz eines ebenfalls vom Flughafen bekannten Hand-Metall-Spürgerätes. Danach ging es aber sehr schnell: Nur noch je eine Kontrolle am Fuß und am Ende der nächsten Rolltreppe, eine Kontrolle am Saaleingang und eine Kontrolle im Saal."

DIE WELT vom 19. 5. 1981, deren Bericht über die NWK-Hv., die Überschrift auch unseres Beitrages trägt, schreibt:

„Hauptversammlungen von Elektrizitätsversorgungsunternehmen müssen in Zukunft zu Tribunalen gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie werden. Nach diesem Motto traten in geballter Form Atomstromgegner in der Hauptversammlung der NWK auf."

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG spricht in ihrer Ausgabe 114 von

„Einem Sturmlauf gegen den Weiterbau des Kernkraftwerkes Brokdorf: ... unternahmen auf der Hv der NWK 353 Kernkraftgegner... Der Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL) hatte in den Wochen vorher zum Kauf jeweils einer NWK-Aktie aufgerufen"..... „Während AR-Vorsitzender und VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder meinte, ein solches Verfahren grenze bereits an Aktionärsmißbrauch, beanstandete der Sprecher des Weltbundes die Zusammenfassung dieser Anträge in den Aktionärsbenachrichtigungen (und die Tatsache, daß keine einzige Anschrift angegeben worden war, d. R.) und kündigte rechtliche Schritte dagegen an."

Zum Vortrag vor der Hauptversammlung waren von uns 40 Seiten Stellungnahme gegen die NWK-Aktivitäten im Atomzerstörungsbereich und der Plutoniumwirtschaft vorbereitet, von denen sich die ersten fünf mit Aktienrechtlichen Problemen im Vorgehen der NWK befassen. Ernst-Otto Cohrs als erster Redner, versucht, Rechtsanwalt Dr. Dr. Klaus Sojka (WSL-Lv. Hamburg) als Juristen den rechtlichen Part zu übertragen. Das mißlang. **Das Hamburger Abendblatt v. 19. 5.:**

„Bennigsen fuhr ihm in die Parade: „Das können Sie nicht. Das Wort hat Rechtsanwalt Bülow!" Pfiffe von den hinteren Rängen — schlagartig wird deutlich, daß mindestens ein Drittel der versammelten Aktionäre Kernkraftgegner sind ... Der Sprecher der AKW-Gegner fuhr hartes Geschütz auf: „Der Vorstand verstößt gegen das Aktiengesetz" ... Cohrs referierte: Arnold Toynbee, Carl Friedrich von Weizsäcker, Professor Winnacker und Heinrich Mandel, alle einschlägige Kernkraftliteratur, SPIEGEL und FAZ wurden als angebliche Kronzeugen bemüht ... Um 11 Uhr 28 fuhr Bennigsen Cohrs erstmals in die Suada: „Sie haben jetzt 40 Minuten geredet." Antwort Cohrs: „Ich bin erst auf Seite 18 und habe insgesamt 40 Seiten. Wieder blieb Bennigsen langmütig. Cohrs referierte über das US-Präsidentenhaus und weitere angebliche Anti-Kernkraft-Tatbestände." (Richtig hätte es hier heißen müssen: Cohrs referierte über den 23. Bericht in der AE-Frage an das US-Repräsentantenhaus.)

So weit das HAMBURGER ABENDBLATT, das in der Einleitung zu seinem Beitrag u. a. schreibt:

„Doch um 15.50 Uhr als Kleinaktionär Martius vom NWK-Aufsichtsratsvorsitzenden Rudolf von Bennigsen-Foerder das Wort erhielt, hatte die neue Taktik der Kernkraftgegner schon voll gegriffen. Fast sechs Stunden — mit nur drei Unterbrechungen — war über die Hauptversammlung der NWK im Hamburger Congreß-Centrum eine Anti-Kernkraft-Suada heruntergegangen."

Die Überschriften der Beiträge zur NWK-Hv lauten höchst unterschiedlich: **Süddeutsche Zeitung:** „Eine Flut von Gegenanträgen in der NWK-Hv". **Weser-Kurier:** „Klares Bekenntnis zur Kernkraft". **DIE WELT:** „Hauptversammlung der NWK im Meinungsstreit — Altionärsmehrheit will an Brokdorf festhalten". **Hamburger Abendblatt:** „Hauptversammlung als Tribunal — Klein-Aktionäre der NWK zogen gegen die Kernenergie zu Felde". **Stuttgarter Nachrichten:** „Atomkraftgegner auf dem langen Marsch — Turbulente Hauptversammlung der NWK — Wachmänner und Polizisten sorgen für Schutz gegen Umweltschützer".

Zu ihnen zählten unsere Sprecher: **Klara Enss, Erika Schröder, Pastor Bode, Hans-Heinrich von Foerster, Erich Haye, Wolfgang Knigge, Walter Junge, Franz Lengemann, Karl Wilde und weitere. Ihnen gilt unser Dank für diesen Einsatz.**

Heute schon darf gesagt werden, daß die Folgerungen aus dieser HV sich bereits abzeichnen: Wegen Verweigerung von Antworten und fortgesetzter Irreführung der Öffentlichkeit stehen der NWK gerichtliche Anfechtungen ins Haus.

Wir rufen alle unsere Freunde auf, die nächste Aktion gegen die atomare Spaltungstechnologie auf der Hauptversammlung der VEBA AG nachhaltig zu unterstützen und uns nach Erwerb einer VEBA-Aktie bis spätestens Ende Juni ihre Vollmacht zu übersenden. Richten Sie diese bitte diesmal an die **Gesellschaft für Lebens- und Umweltschutz e. V., Liegnitzer Weg 4, 3400 Göttingen.**

E. O. Cohrs

Hinweise des LV Bremen

Vom 24. — 30. Juni führt Kurt Beta gemeinsam mit der WSL-Jugendgruppe und Schülern eine Haus- und Straßensammlung zugunsten der Ökologie-Station Bremen-Nord durch. Unterstützung oder Information an **Kurt Beta, Kyffhäuserstraße 4, 2800 Bremen 41, Tel.: 0421/465296**

Erst die Kohle, dann das Wasser . . .!

Betr.: Petition an den Niedersächsischen Landtag
3000 Hannover, Postfach

von Friedhart Knolle, Thilingstr. 38, 3380 Goslar 1

In Clausthal-Zellerfeld im Oberharz wurden am 31. März 1980 zwei untertägige Wasserkraftwerke außer Betrieb gesetzt, nachdem die nach § 36 NWG erteilte Bewilligung zur Nutzung des Wassers durch die Preussag AG aufgekündigt worden war. Es handelt sich um Wasserkraftanlagen in den beiden ehemaligen Bergwerksschächten „Kaiser Wilhelm II" und „Ottiliae" mit zusammen knapp über 6000 kW elektrischer Gesamtleistung.

Nach Stillegung des Oberharzer Erzbergbaus im Jahre 1930 wurden die durch Sammelgräben den Speicherteichen der Oberharzer Wasserwirtschaft zugeleiteten Wassermengen von der Preussag AG in den Kraftwerken zur Erzeugung elektrischer Energie ausgenutzt. Durch den Ernst-August-Stollen mit seiner Gesamtlänge von über 30 km, der auch heute noch dem in Betrieb befindlichen Erzbergwerk Grund in Bad Grund der Preussag AG als Wasserlösungsstollen dient, fließt das von den Turbinen abfallende Wasser fort und gelangt bei Gittelde am südwestlichen Harzrand in die Markau.

Zum Betrieb der beiden Kraftwerksanlagen wurden die beiden Schächte sowie der Ernst-August-Stollen bis zum Stillegungszeitpunkt in einem den bergbehördlichen Bestimmungen entsprechenden Zustand gehalten. Nach der Stillegung der Kraftwerke am 31. 3. 1980 wurde die elektrische Verteilungsanlage abgerissen. An den Bergwerksanlagen mit den Kraftwerken ist seit der Außerbetriebnahme nichts verändert worden. Die zur Wassergewinnung der Kraftwerke erforderlichen Speicherteiche und -gräben dürfen ohnehin nicht verändert werden, da sie unter Denkmalschutz im Sinne des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 7. Juni 1978 gestellt werden sollen bzw. bereits stehen.

Ich möchte hiermit bitten, die Möglichkeit zu überprüfen, die zum Zwecke der Betreibung der Kraftwerke im Kaiser-Wilhelm-Schacht und Ottiliae-Schacht notwendige wasserrechtliche Bewilligung nach dem niedersächsischen Wasserrecht erneut zu erteilen und dadurch die Stillegung der Anlagen rückgängig zu machen, solange dies noch möglich ist.

Begründung:

1. Jede Kilowattstunde elektrischer Leistung, die durch die Stillegung einer solchen Anlage wie der beschriebenen nicht mehr zur Verfügung steht, muß durch Strom aus Großkraftwerken ersetzt werden. Diese können nicht mit regenerierbarer Wasserenergie betrieben werden.

2. Die notwendigen Investitionskosten für Großkraftwerke inklusive Übertragungsanlagen liegen heute so hoch, daß die spezifische Summe für eine Energieeinheit weitgehend ausreicht, auch das älteste Kleinkraftwerk zu modernisieren. Näher ausgeführt unter neuesten energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten von **PUCHER, E.: Kleinwasserkraftwerke einst und in der Zukunft. — Wasserwirtschaft 70 (1980), 9, S. 301 ff.**

3. Aufgrund kurzer Zuleitungsstrecken zum Kraftwerk im Kaiser-Wilhelm-Schacht besteht die Möglichkeit, das Kraftwerk binnen weniger Minuten anzufahren und an das Stromnetz zu schalten. Ähnliches gilt für das Kraftwerk im Ottiliae-Schacht, bei dem in betriebsstillen Zeiten Wasser aus anderen Teichen in einen in Schachtnähe liegenden Teich gepumpt werden kann. Die Kraftwerke eignen sich somit zur Ausnutzung als Spitzenkraftwerke, wodurch sich im Harzraum sechs Megawatt (!) ohne zusätzliche Investitionen zur Verfügung stellen lassen.

4. Das durch den Ernst-August-Stollen abfließende Wasser könnte wie bisher von einer größeren Anzahl von Unterliegern der Markau (auch größeren Industriebetrieben) für Betriebszwecke genutzt werden, ohne daß eine Aufbereitung des Wassers auf Trinkwasserqualität und eine Beförderung zum Verbraucher erforderlich ist.

5. § 9 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 7. Juni 1978 besagt: „Für Baudenkmale ist eine Nutzung anzustreben, die ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet". Die Teich- und Grabenanlagen der Oberharzer Wasserwirtschaft, die als Speicheranlagen für die Kraftwerke dienten, sind als Kulturdenkmale anerkannt und unterstehen dem Schutz des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes. Die Wiederinbetriebnahme der Kraftwerke würde durch die Nutzung der Gräben und Teiche deren Erhalt auf Dauer gewährleisten. Ohne den Betrieb der Kraftwerke ist eine Beaufschlagung der Gräben unsinnig, wodurch ein vorzeitiger, schnellerer Verfall zustandekommt, was höhere Erhaltungskosten an den Gräben automatisch nach sich zieht.

6. Bei endgültiger Stillegung der Kraftwerke und dem Fehlschlagen der Pläne der Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, im Kaiser-Wilhelm-Schacht ein Bergwerksmuseum anzulegen, besteht die Erfordernis, die Schächte zu sichern, d. h. sie würden verfüllt. Die vorhandenen funktionsfähigen Energiegewinnungsanlagen sind dann zerstört und lassen sich nur mit unvertretbar hohem finanziellen Aufwand wieder in den derzeit noch bestehenden Zustand zurückversetzen.

Wir möchten Sie abschließend bitten, diese Angelegenheit aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministers für Wirtschaft und Verkehr zu überprüfen und insbesondere im Zielkonflikt zwischen Energiegewinnung und Wassernutzung für Trinkwasserzwecke zu bedenken, daß das einmal für die Beaufschlagung der Turbinen benutzte Wasser für einen späteren Gebrauch nicht verloren ist. Der Umkehrschluß ist jedoch nicht zu ziehen.

Zudem sei darauf hingewiesen, daß eine ähnliche Wasserkraftgewinnungsanlage bei St. Andreasberg im Harz (Samsonschachtanlage) seit langer Zeit existiert und von den Licht- und Kraftwerken Harz (LKH) in Osterode/Harz mit Erfolg betrieben wird.

Zunächst wäre es daher notwendig, die unmittelbar bevorstehenden Gefahren der Verfüllung der Schächte und weiteren Gebäudeabriß abzuwenden. Dieses würde jedoch eine schnelle Bearbeitung voraussetzen.

Mit herzlichem Dank im voraus für Ihre Bemühungen und Glück Auf

F. K.

Die ersten „Flüster-LKW" wurden ausgeliefert

Umweltbundesamt empfiehlt

Fünfzig „Flüster-LKW" wurden am Freitag, dem 10. 4. 1981, in Ulm in Anwesenheit von Bundespostminister Kurt Gscheidle von der Magirus-Deutz-AG an die Deutsche Bundespost übergeben. Die im Auftrag des Umweltbundesamtes entwickelten „Flüster-LKW" sind leiser als die meisten PKW: ihr Geräuschwert von nur 77 dB(A) unterschreitet deutlich den zulässigen Geräuschwert für PKW. Die neuen LKW sind nicht nur erheblich leiser, sondern auch noch energiesparender als die herkömmlichen „Brummis"; man schätzt die Kraftstoffersparnis auf ca. 6 bis 8 %, doch sollen die genauen Werte im praktischen Betrieb ermittelt werden, der nun aufgenommen wird. Im Auftrag des Umweltbundesamtes wird ein Bericht über diesen ersten Großeinsatz der neuen Fahrzeugtechnik erstellt, der die Erfahrungen mit den neuen LKW insbesondere bezüglich der Wartung und der Beibehaltung der niedrigen Geräuschwerte beschreibt.

Der „Flüster-LKW" kann auch heute schon an private Kunden geliefert werden , doch sieht das Umweltbundesamt für den leisen LKW und damit auch für den lärmgeplagten Bürger nur dann eine Chance, wenn die lärmarme Ausführung in Großserie gefertigt wird. Dann können — nach Angaben des Herstellers — die Mehrkosten auf etwa 5 % gegenüber dem herkömmlichen Modell begrenzt werden. Um diesen Mehrpreis für den Käufer attraktiv zu machen, bedarf es zusätzlicher Anreize zum Kauf leiser LKW. Da der „Flüster-LKW" noch erheblich leiser ist als ein PKW, ist es nach Ansicht des Umweltbundesamtes nur logisch, wenn der lärmarme LKW dem PKW gleichgestellt wird und von allen Fahrverboten, die aus Lärmgründen für den LKW gelten, ausgenommen wird, sofern dort PKW zugelassen sind. Vorbereitungsarbeiten für eine entsprechende Rechtsverordnung sind eingeleitet worden. Unabhängig davon sieht das Umweltbundesamt schon jetzt z. B. für Kurstädte die Möglichkeit gegeben, leisen LKW individuell Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Das Umweltbundesamt geht zudem davon aus, daß auf der Grundlage des inzwischen geänderten Straßenverkehrsgesetzes der herkömmliche laute LKW immer mehr aus Wohngebieten ausgesperrt wird. Der Käufer eines leisen LKW sollte heute schon wissen, daß er morgen Vorteile hat.

UBA, Kurzinformation 5/81

Strahlenschutz

Bonns Gesundheitspolitiker stehen unter Druck: Die UNO und die Atomenergieagentur drängen auf die Erlaubnis, Lebensmittel durch radioaktive Bestrahlung haltbar zu machen.

Die Szene im Supermarkt könnte aus einem Horrorfilm stammen. Aus dem Tiefkühlfach, das ein grellfarbener Aufkleber als „radioaktiv sterilisiert" anpreist. Dazu sucht die Hausfrau ein Körbchen Erdbeeren, aus, die laut Beipackzettel durch nukleares Konservieren „frisch bleiben". Außerdem entscheidet sich die Einkäuferin für einen Beutel Kartoffeln. Eine Banderole weist die Erdäpfel als „strahlensterilisiert" aus und empfiehlt sie damit als „nicht auskeimende Lagerkartoffeln".

Statt in einem Gruselstreifen soll diese beklemmende Szene künftig im deutschen Einkaufsalltag ablaufen. Gleich von mehreren Seiten sehen sich die deutschen Gesundheitspolitiker derzeit unter Druck gesetzt. Außer den herkömmlichen Methoden, Lebensmittel haltbar zu machen — Erhitzen und chemisches Behandeln —, sollen die Bonner Ernährungsexperten nun auch radioaktives Bestrahlen als weiteres Konservierverfahren für Eßbares erlauben.

Auf Drängen der Dritten Welt haben die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinigten Nationen inzwischen Richtlinien zum Strahlenbehandeln von Nahrungsmitteln erarbeitet. Jetzt fordern diese UN-Fachgremien von den einzelnen Ländern, ihre nationalen Lebensmittelgesetze entsprechend zu ändern. Auch Frankreich, Italien, Holland, Spanien oder Dänemark zeigen verstärktes Interesse, mit Atomstrahlen für keimfreie Lebensmittel zu sorgen. Um solche Waren in deutsche Supermärkte exportieren zu können, wünschen die Nachbarländer ebenfalls eine Strahlenerlaubnis im deutschen Nahrungsmittelrecht.

Ohnehin müssen deutsche Gesundheitsfachleute ungeachtet des Drucks von außen aufgrund einer akuten Zwangslage zu Hause über ein Ja zum Strahlensterilisieren nachdenken. Noch werden exotische Gewürze mit dem Chemiegas Äthylenoxid begast, bevor sie in den Handel kommen. Denn Geschmacksförderer wie Pfeffer oder Zimt könnten riesige Mengen Lebensmittel vergiften, wenn sie aus ihrem exotischen Ursprungsland gefährliche Krankheitserreger einschleppten. Doch Äthylenoxid steht unter dringendem Verdacht, Krebs zu erzeugen. Schon haben die Skandinavier diesen Gewürzreiniger verboten.

Aus Furcht vor noch massiveren Verbrauchsprotesten, als sie die Östrogenfunde im Kalbfleisch auslösten, versucht das Bonner Gesundheitsministerium, jede Diskussion über die nukleare Konservierungsmethode im Keim zu ersticken. Die Referentin für Zusatzstoffe, Dr. Rosemarie Neussel, sieht bereits voraus: „Bei der Bevölkerung gibt es eine Ideenverbindung von Strahlung und Atom." Diese Gedankenkombination besteht in der Tat nicht ganz zu Unrecht. Als Strahlenquelle für die Lebensmittel können nämlich abgebrannte Brennstäbe aus Kernreaktoren dienen.

Seit die Sowjetunion 1958 erstmals erlaubte, Kartoffeln zu bestrahlen, experimentieren Lebensmittelchemiker in mehr als 100 Ländern mit dieser neuartigen Konserviermethode. Japan bestrahlt seit 1973 jährlich 30 000 Tonnen Kartoffeln. In der Bundesrepublik arbeiten Wissenschaftler des Instituts für Biochemie an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung in Karlsruhe seit Mitte der fünfziger Jahre an dieser Technologie. Radioaktive Strahlen, etwa von dem Metall Kobalt oder abgebrannten Brennstäben aus Atomkraftwerken, die gezielt aus einem mächtigen Bleimantel herausschießen,

- töten Insekten im Getreide und reduzieren so Lagerverluste,
- vermindern Schimmel am Obst und verbessern damit die Haltbarkeit,
- verhindern das Auskeimen von Kartoffeln oder Zwiebeln und verlängern so die Lagerzeit,
- bekämpfen tropische Krankheitserreger in Gewürzen und beugen auf diese Weise Seuchen vor,
- zerstören Salmonellen in Gefrierfleisch und verhindern so Vergiftungen,
- vernichten bei höchsten Strahlendosen alle Krankheitserreger in einer Vielzahl leichtverderblicher Nahrungsmittel und erlauben damit ein dauerndes Lagern ohne jede Kühlung, sofern das Produkt luftdicht verpackt ist.

Die spontane Angst der Verbraucher, sie bekämen künftig radioaktives Essen aufgetischt, hält Dr. Theo Grünewald von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung für unbegründet: „Die einfallenden Strahlen liegen unterhalb der Energie, die für Kernreaktionen benötigt wird." Die Strahlen sind also zu schwach, um die Atomkerne in den Lebensmitteln zu zertrümmern. Deshalb nennt Dr. Werner Bögl, im Institut für Strahlenhygiene des Berliner Bundesgesundheitsamtes für Radiochemie verantwortlich, das Risiko einer Kettenreaktion als Folge einer Kernspaltung „absolut gleich Null". Was mit den Lebensmitteln geschieht, vergleicht Bögl mit einer etablierten medizinischen Behandlungsmethode: „Das ist so, als wenn Sie ein Stück Fleisch hinter den Röntgenschirm legen."

Die eigentliche Gefahr dieser Atomroßkur für Verderbliches liegt also nicht im radioaktiven Verseuchen der Lebensmittel, sondern auf einem ganz anderen Gebiet: den unerwünschten Nebenwirkungen. „Jede Bestrahlung", so erklärt Bögl seine Bedenken, „verändert die Zusammensetzung des bestrahlten Stoffes. Die Frage ist nur, ob die Veränderung gefährlich ist oder nicht." Das Bestrahlen von Lebensmitteln löst möglicherweise im behandelten Produkt chemische Veränderungen aus, bei denen sich zuvor völlig harmlose Substanzen in extrem giftige Stoffe verwandeln, die ihre verheerenden Folgen vielleicht erst spät in Erbschäden zeigen.

Seit Jahren laufen deshalb aufwendige Langzeittests an Tieren, um eventuelle Giftgefahren aufzuspüren. Allein die amerikanische Armee gab 27 000 Ratten, 20 000 Mäusen und 1 500 Hunden in einer fünfjährigen Versuchsreihe strahlensterilisiertes Rindfleisch zu fressen. Der zehn Millionen Mark teure Futtertest hat einen strategischen Hintergrund. **Künftig sollen sich US-Soldaten bei Einsätzen in fernen Tropenregionen mit nuklear sterilisierten Konserven verpflegen, die auf Dauer ohne jedes Kühlen eßbar bleiben.**

Was hungrige GI's schlucken sollen, blieb den Bundesbürgern bislang aufgrund des Lebensmittelgesetzes vom 15. August 1974 erspart, das im Paragraph 13 das Bestrahlen von Lebensmitteln verbietet. In anderen Anwendungsgebieten jedoch zählt das Atomsterilisieren auch im Bundesgebiet bereits zum Alltag. Drei kommerzielle Großbestrahlungsanlagen machen mit der Nuklearmethode medizinisches Gerät vom Operationsfaden bis zur Schere keimfrei.

Aus Angst vor den Atomgegnern schoben die Bundesrepublik und andere Industriestaaten vor einigen Jahren den Fachgremien der Vereinten Nationen diesen schwer verdaulichen Brocken in der Hoffnung zu, dort werde er auf Jahre hinaus auf dem Tisch liegenbleiben. Doch diese Hoffnung trog, weil die Länder der Dritten Welt sofort die Internationale Atomenergieagentur, die Weltgesundheitsorganisation und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) unter Zeitdruck setzten. Gerade in den tropischen Hungerzonen nämlich verderben ständig riesige Lebensmittelmengen, weil für Kühlvorrichtungen das Geld und die Energie fehlen.

Deshalb setzt die Dritte Welt auf das Nuklearbestrahlen und veranlaßte die ansonsten langsamen UN-Gremien, ein Schnellgericht von Strahlenvorschriften zusammenzustellen und den einzelnen Nationen zur Übernahme anzubieten. Auch einige europäische Staaten bauen zunehmend auf die Vorzüge des Strahlenverfahrens, etwa Nachbar Holland bei Schlachthähnchen. Bislang wird das Federvieh vor dem Schockgefrieren in ein Wasserbad getaucht. Sobald nur ein Tier dieses Bad mit Salmonellen verschmutzt hat, infizieren sich alle anderen mit den Krankheitserregern. Die Nuklearmethode erlaubt es, die Hähnchen erst nach dem Gefrieren in der kompletten Plastikpackung mit Atomstrahlen zu säubern, ohne daß jemand anders als der Endverbraucher dieses Fleisch berührt.

In Amerika hat die Firma Radiation Technology Inc. (RTI) aus Rockaway in New Jersey beim US-Gesundheitsministerium den Antrag gestellt, im Großmaßstab Gewürze bestrahlen zu dürfen. Dabei verlangen die Behörden in allen Ländern wie etwa Italien oder Dänemark, wo Kartoffeln bereits nuklear behandelt werden dürfen, daß die Hersteller die radioaktive Radikalkur auf der Verpackung eingestehen. Daraus folgert Professor Dr. Johannes-Friedrich Diehl von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung: „Es braucht also niemand bestrahlte Lebensmittel zu kaufen, der dies nicht möchte."

Vorerst reagiert die Nahrungsmittelindustrie aber ähnlich wie die Verbraucher: mit einem angstvollen Nein. Sie möchte sich den Atomgegnern nicht als neue Zielscheibe anbieten und fürchtet obendrein Geschmacksveränderungen und Vitaminverluste beim Strahlenkonservieren. So weiß die Deutsche Unilever GmbH in Hamburg, Atomsterilisieren sei „im Augenblick psy-

chologisch nicht durchsetzbar".

Die Lebensmittelbranche zögert aus gutem Grund, das nukleare Strahlenverfahren zu fördern. Denn mit Hilfe der Chemie ist es immer noch wesentlich billiger, Nahrungsmittel zu konservieren. Und an Chemie sind die Verbraucher schon gewöhnt.

(Capital 1/81, S. 30)

Bemerkung hierzu von Prof. Dr. Karl Bechert (21. 1. 81) —:
Was da in Bonn erwogen wird — Lebensmittel durch radioaktive Strahlung haltbar zu machen oder vor Schädlingsbefall zu schützen —, hat in den 60er Jahren bei den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages zur Beratung gestanden und ist damals mit guten Gründen abgelehnt worden. Denn:

Erstens verändert die Bestrahlung die biologische Qualität der Lebensmittel, es kommt zu chemischen und damit auch zu biologischen Veränderungen. Das ist selbstverständlich, denn die Energie der einzelnen Strahlungsquanten und Strahlungsteilchen ist etwa zehntausend- bis hunderttausendmal größer als der chemische Zusammenhalt der Vitamine, Eiweißstoffe, die als wichtige, unentbehrliche Stoffe in den Lebensmitteln enthalten sind. Die Strahlung zerstört oder verändert infolgedessen diese lebenswichtigen Stoffe grundlegend, Eiweißstoffe können giftig werden, es können Stoffe entstehen, die erbändernd oder auf lange Sicht krebserzeugend wirken. (In dieser gemeinverständlich gedachten Darstellung kann ich natürlich nicht auf Einzelheiten eingehen und gebrauche aus dem gleichen Grund die zugehörigen Fachwörter und wissenschaftlichen Begriffe nicht). Giftigwerden von Eiweißstoffen durch Bestrahlen ist nachgewiesen worden.

Zweitens: Abgebrannte Brennstäbe aus Kernreaktoren als Strahlenquelle zu verwenden, ist noch weitaus schlimmer als das bisher vorgeschlagene und in manchen Ländern benützte unverantwortliche Verfahren der Behandlung von Lebensmitteln mit Strahlung, deren Energie „unterhalb der für Kernreaktionen benötigten Energie" liegt, wie Dr. Grünewald von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung meint. Denn die von abgebrannten Reaktorbrennstäben ausgehende Strahlung liegt zum Teil erheblich über der von Dr. Grünewald gemeinten Grenze und kann sehr wohl Änderungen in Atomkernen hervorrufen. Sie ist also zur Bestrahlung von Lebensmitteln in jeder Hinsicht ungeeignet, ja gefährlich und ist wohl nur von Ignoranten vorgeschlagen worden. Abgebrannte Brennstäbe sind außerdem in Bestrahlungsanlagen nicht hantierbar, weil hochradioaktiv.

Wo Lebensmittel bestrahlt werden dürfen

Land	Produkt
Amerika	Weizen
Dänemark	Kartoffeln
Holland	Pilze, Kartoffeln, Zwiebeln, Hähnchen
Israel	Kartoffeln, Zwiebeln
Italien	Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch
Japan	Kartoffeln
Kanada	Kartoffeln, Zwiebeln, Weizen, Mehl
Sowjetunion	Kartoffeln, Getreide, Trockenfrüchte, Zwiebeln
Spanien	Kartoffeln, Zwiebeln
Südafrika	Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch, Hähnchen, Erdbeeren
Thailand	Zwiebeln

Katastrophenmedizin

Sortieren statt kurieren

Das Thema war wichtig, das Interesse mäßig. Die Berliner Ärztekammer hatte zu ihrer ersten Fortbildungsveranstaltung über Katastrophenmedizin ihre 8500 Mitglieder geladen. Knapp 300 kamen.

Während der Vorträge erhoben sich immer wieder Zuhörer von ihren Sitzen und verließen den Saal. Denn was ihnen hier an Hilflosigkeit gegenüber einer Katastrophe — sei es eine Massenkarambolage, ein Flugzeugabsturz oder ein Reaktorunfall — geboten wurde, war erschreckend.

Professor Rolf Dohrmann, Chirurg am Berliner Behring-Krankenhaus, schilderte zum Beispiel, wie seine Klinik mit einem Massenandrang Verletzter fertig werden will: Anlieferung nur durch einen Eingang, wo jeder Kranke zur Identifizierung ein Babybändchen umgebunden bekommt. Dann werden Wertsachen und Kleidung abgenommen und in einem Sack verwahrt. Mit einem „Begleitblatt" kommen die Patienten dann in den „Triage"-Raum (Triage ist das französische Wort für „Sortieren"). Dort sollen die Doktoren die Leichtverletzten aussondern und zu ihren Hausärzten schicken, die Schwerverletzten dagegen in einen Schockraum. Die Schwerstverletzten schließlich werden isoliert und dann „beobachtet".

Ein junger Mediziner wunderte sich: „Durch Beobachten habe ich noch keinen Menschen heilen können." Ein anderer fragte laut: „Warum weisen Sie nicht auf die katastrophalen Zustände hin, die heute schon — ohne Katastrophe — in den Krankenhäusern herrschen?" Der Vorsitzende, Professor Dietrich Lerche, unterbrach ungeduldig: „Danke, danke, Herr Kollege, ich hoffe, daß Sie ein Kollege sind." Er war es.

Zu dem Beitrag des Chefs, der Züricher Autobahnpolizei, Bruno Hersche, hatte keiner im Auditorium etwas zu sagen. Schweigend nahmen die Mediziner hin, daß im Gegensatz zur Bundesrepublik in der Schweiz Katastrophenmedizin zur ärztlichen Ausbildung gehört und regelmäßige Kurse für niedergelassene Ärzte stattfinden. Besonnenheit und Schnelligkeit in Notsituationen aber lernen Mediziner gewiß nicht bei sogenannten „Fortbildungsveranstaltungen" wie in Berlin.

Dort sprach auch Professor Friedrich Ernst Stieve, der Strahlenexperte vom Bundesgesundheitsamt, über den „Strahlenunfall". „Aus Zeitgründen" konnte er allerdings die Spätfolgen eines solchen Unfalls nicht berücksichtigen, auch nicht die Auswirkungen einer Atombombenexplosion. Immerhin verlas er die Richtlinien seines Amtes für einen Strahlenunfall. Nebenbei erwähnte er, daß es in den USA bisher „27 schwerwiegende nukleare Unfälle", in der Bundesrepublik „drei schwere" gegeben hätte.

Was bei einer nuklearen Katastrophe passieren kann zeigte eine „Berliner Ärztegruppe gegen Atomenergie" in einem anderen Saal. Dort lief der für die englische Fernsehgesellschaft BBC gedrehte Film „War Game", der „wegen Grausamkeit" nie gesendet wurde. Auf wissenschaftliche Untersuchungen und persönliche Aussagen der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, Hamburg und Dresden gestützt, hatte der Autor Peter Watkins einen russischen Atombombenangriff auf England simuliert. Wie ein Kriegsberichterstatter zeigte er die totale Hilflosigkeit von Behörden und Ärzten vor dem Chaos.

Nach diesem Schocker war jede Diskussion über Katastrophenmedizin" eigentlich überflüssig geworden. Die Anästhesistin Barbara Hövener von der „Ärzteinitiative" meint, „im Fall eines nuklearen Unfalles oder eines Atomkrieges ist jeder Katastrophenschutz nahezu wirkungslos. Wir wollen nicht als Idioten der Geschichte darstehen, die durch Stillhalten und Nichtstun eine Katastrophe ermöglicht haben. Denn wir haben es vorher gewußt.

Inge Thomsen

DIE ZEIT — Nr. 10 — 27. Februar 1981

ENERGIE IM ÜBERFLUSS!

Wir haben Energie im Überfluß. Wer diese Behauptung angesichts der Energiekrise aufstellt, wird vom Normalbürger, wie auch von profilierten Wisschenschaftlern und Politikern allzuschnell als SPINNER abgestempelt und nicht mehr angehört bzw. gelesen. Und doch gibt es eine Fülle von Naturerscheinungen, aus denen sich Energie gewinnen läßt, wenn man sie richtig erkennt. Diesem Erkennen sind demjenigen, der das Denken nur in der Schule oder auf der Universität gelernt hat, durch festgeschriebene aber nicht bewiesene Lehrmeinungen, Regeln und Hauptsätze fast unüberwindliche Barrieren in den Weg gestellt. Der alte Satz aus dem Latein-Unterricht: „keine Regel ohne Ausnahme", wird von der heutigen Wissenschaft völlig vergessen, denn gerade die Phänomene, die in der Wissenschaft als Ausnahme oder Anomalien bezeichnet werden, könnten die Grundlage für eine neue Energietechnik sein. Dazu kommt die panische Angst der „normalen" Wissenschaft vor der Erfindung eines PERPETUUM MOBILE, das es nicht geben kann und darf. Diese Angst vor dem Perpetuum mobile führt dazu, daß jede Maschine, deren Wirkungsgrad nicht mit herkömmlichen Maßstäben ermittelt und gemessen werden kann oder deren Wirkungsgrad sich nur nach veralteten Kriterien bestimmen ließe, als „perpetuum-mobile-verdächtig" gar nicht erst angesehen oder geprüft, sondern gleich verworfen und bekämpft wird, selbst wenn funktionierende Modelle der Maschinen vorhanden sind. Auch die Konzerne der Großindustrie mischen in der Strategie der Energiekrise, die künstlich gemacht ist, kräftig mit, indem aussichtsreiche Patente auf dem Energiesektor, wenn sie einmal erteilt wurden, aufgekauft werden und in den Tresoren der Konzerne verschwinden, um die herrschenden Monopole auf dem unwirtschaftlichen, aber gewinnbringenden Energiemarkt nicht zu gefährden.

Im Sponholtzverlag, der schon einige „heiße Eisen" zur Atomkraft verlegt hat, ist jetzt das mutige Buch ENERGIE IM ÜBERFLUSS von **Gottfried Hilscher** erschienen. Hilscher zeigt nicht nur das Fehlverhalten von Politikern und Wissenschaftlern in der Energiekrise auf, sondern er zeigt an funktionierenden Modellen und Maschinen, die aus den Teilgebieten der Physik-Thermodynamik, Elektrizität/Elektronik, Mechanik, Hydraulik usw. kommen, wie mit relativ geringem Einsatz von Geldmitteln zur Weiterentwicklung in kurzer Zeit eine neue Energietechnologie aufgebaut werden kann, die weit weniger Investitionen verschlingt als die Atomenergie und die ohne das Gefahrenpotential der Atomtechnologie zu verwirklichen ist.

Neben den Energiewandlern, die schon funktionieren und nur noch zur Serienreife weiterentwickelt oder optimiert werden müssen, stellt das Buch eine Fülle von Ideen vor, die entweder zur Energieeinsparung oder sogar zur Energiegewinnung aus bisher noch nicht genutzten regenerierbaren Energiepotentialen führen können. Dabei handelt es sich nicht um „Spinnereien", sondern um Ideen, die teilweise bereits patentiert sind, so daß ein Prototyp gebaut werden muß, um zu zeigen, ob die Idee praktikabel ist oder nicht.

Die Energieproblematik und die Ansätze zur Lösung des derzeitigen Energieproblems werden in diesem Buch allgemeinverständlich dargestellt. Das für den Fachmann bestimmte Zahlen- und Formelmaterial ist so untergebracht, daß ein flüssiges Lesen nicht gestört wird. Ziel des Autors ist es, die Energiediskussion aus dem Gefängnis des Gewohnten herauszuführen. Er will den denkwilligen Bürgern an der Basis unserer Demokratie zeigen, daß ohne Öl und Kernkraft die Lichter nicht ausgehen müssen, wenn er bereit ist, mit seinem Mandat das Umdenken in der Energiepolitik zu beschleunigen.

Hans E. Schumacher

Robert Jungk zu dem Buch von Hilscher

Wir alle wissen aus der Geschichte der Wissenschaft, wie oft Forscher mit wirklich neuen Ideen verketzert wurden. Es ist Hilscher's großes Verdienst, sich immer wieder auf die Suche nach denjenigen zu begeben, die „anders denken" und damit erste Schritte in Neuland wagen. Ein wirklich aufregendes Buch, dessen Verfasser es vorzieht, seinen guten Namen bei den Etablierten zu verlieren, als mit ihnen die Augen vor dem Ungewöhnlichen zu verschließen.

Robert Jungk

Gottfried Hilscher

Energie im Überfluß!

Sponholtzverlag Hameln 1981, Sammelbestellungen zu beziehen durch den WSL.

Verleihung von Verdienst-Kreuzen an Gegner der Brokdorf-Demonstration

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

aus Pressemeldungen vom 19. 5. 1981 ersehe ich, daß Sie „in Anerkennung des entschlossenen und mutigen Einsatzes für die Sicherheit und Ordnung" gegen die Brokdorf-Demonstration am **28. Februar 1981** 12 Bundesverdienst-Kreuze verliehen haben, nämlich an den Landrat des Kreises Steinburg, den Bürgermeister der Gemeinde Brokdorf und 10 Polizeibeamte.

Es mag ein politisch makaberer Zufall sein, daß am selben Tage das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde gegen das Brokdorf-Demonstrationsverbot den hierfür Verantwortlichen, also auch Herrn Landrat Dr. Brümmer, zugestellt hat. Die Mitteilung des Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Dr. Benda vom 19. 5. 1981 füge ich bei.

Es könnte also naheliegen, daß Sie Personen dekoriert haben für Handlungen, die als Verfassungsbruch und Durchsetzung desselben richterlich festgestellt werden.

Außerdem dürfte es auch Ihnen nicht unbekannt sein, daß das von Herrn Landrat Dr. Brümmer verhängte Demonstrationsverbot und der diese Allgemeinverfügung bestätigende OVG-Beschluß vom 28. 2. 1981 im Rahmen eines Verwaltungsgerichts-Hauptsacheprozesses richterlicher Überprüfung zugeführt werden. Die Verleihung von Bundesverdienst-Kreuzen muß ich in meiner Eigenschaft als Prozeßvertreter eines Klägers und Verfassungsbeschwerde-Führers als massiven Eingriff in schwebende Gerichtsverfahren empfinden, die sich auf die Entscheidungsfindung zu ungunsten meines Mandanten auswirken könnten.

Selbstverständlich steht es Ihnen auch als Bundespräsidenten völlig frei, Ihre persönliche Meinung zu politischen Tagesfragen zu äußern und sich als Befürworter der Atomspaltung und des Demonstrationsverbots gegen Brokdorf zu bekennen. Die Grenzen, die Ihnen Ihr Eid zur Überparteilichkeit und Interessenwahrung aller Bundesbürger vorzeichnet, erscheinen dabei als völlig klar.

Wird indessen durch eine besonders hervorstechende amtliche Handlung wie die Verleihung von Verdienst-Kreuzen auch an die Hauptverantwortlichen des Demonstrationsverbots die Instanz des Bundespräsidenten selbst in die politische, vor allem aber gerichtliche Auseinandersetzung gebracht, dann erscheint eine solche Handlung als deutliche, bisher in dieser Form wohl noch nie dagewesene Amtspflichtverletzung und Unvereinbarkeit mit dem von Ihnen geleisteten Eid, wonach Sie auch Gerechtigkeit gegen jedermann üben würden.

Ich bitte Sie, deswegen zu erwägen,

ob die Rückgängigmachung der Verdienstkreuz-Verleihungen im vollen Umfang oder in Einzelfällen nicht unausweichlich erscheint. — oder ob Ihr Verzicht auf das Amt des Bundespräsidenten nicht die angemessene Konsequenz wäre.

Die letztgestellte Frage wird entsprechend auch an Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg gerichtet, der „es sich nicht nehmen ließ, die Auszeichnungen persönlich zu überreichen".

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Sojka

Zweitschrift
Herrn Ministerpräsident Dr. Stoltenberg

Gärtnern ohne Gift?

Verbraucher Zentrale Hamburg e. V.
ISBN 3-922 940-00-5, 2,— DM

Es ist kaum zu fassen, in Form von Sprays, Pulver, Pillen und Brühen wurden 1979 in der BRD insgesamt 3500 to Schädlingsbekämpfungsmittel für Haus und Garten mit einem Umsatz von 130 Millionen DM hergestellt — davon 48 % gegen Insekten, 20 % gegen Pilze und Schnecken, 23 % gegen Unkräuter und 9 % gegen Nager.

Bis in den persönlichsten Bereich des eigenen Gartens, wo die Klein- und Hausgärtner Ruhe, Erholung und Gesundheit erstreben, ist in breiter Front der Gifteinsatz der Agrarchemie vorgedrungen. Mit geringsten Kenntnissen wird auf alles, was irgend-

wie Schaden verursachen könnte, oft nach dem Motto „viel hilft viel" Jagd gemacht, das harmonische Gleichgewicht im Naturgeschehen noch stärker gestört und unwissentlich die damit verbundenen gesundheitlichen Schäden hingenommen.

In einem Kleingarten kann man immer noch zur Hacke greifen, die vorhandenen Ausgleichskräfte der Natur nutzen oder auf biologische und unschädliche Hilfsmittel zurückgreifen.

Man sieht aber, was die Massenbeeinflussung und Verkaufswerbung der Agrarchemie selbst hier anrichten kann.

Die Verbraucher Zentrale Hamburg hat nun die notwendige Initiative ergriffen und den Bürgern, die Gärten bewirtschaften, eine preiswerte Schrift vorgelegt, die sie immun machen soll gegen die Werbekampagnen der Chemie, in dem sie Wege aufzeigt, daß es auch anders und besser geht. Diese Schrift soll kein Gartenbuch ersetzen, sondern zum Nachdenken Anstoß geben. Eine sicher nicht vollständige Bücherliste weist auf die notwendige Vervollkommnung des gärtnerischen Fachwissens hin. Auch ein Verzeichnis der wichtigsten Bezugsquellen von biologischen Mitteln der Bodenverbesserung und Schädlingsbekämpfung ist vorhanden.

Alle Fragen des naturgemäßen Gartenbaues werden angeschnitten, bis zur artenreiche Wiese statt des artenarmen und langweiligen Kunstrasens. Die Ratschläge werden durch einfallsreiche Illustrationen verdeutlicht. Wer erst einmal als Verbraucher in seinem Garten den ersten Schritt in Richtung naturgemäßer Gartenpflege getan hat, wird auch im ganzen Umweltgeschehen kritischer werden z. B. Kompostwirtschaft bei der Abfallbeseitigung. Aber auch in der täglichen Nahrung wird er nun fordern, auf Anwendung von Chemie zu verzichten.

Darüberhinaus hat die Verbraucher Zentrale mit 21 Schautafeln, 5 Schaukästen und 1 Gewächshaus zur Demonstration von Pflanzenbeispielen eine Ausstellung „Gärtnern ohne Gift" geschaffen, die bis zum 31 Mai in den Räumen der Verbraucher-Zentrale zu sehen ist. Danach kann sie auch an weitere Interessenten ausgeliehen werden.

Erich Siefert

Maria Treben in Norddeutschland

Auf Einladung des WSL unternahm die bekannte Heilkräuterexpertin Maria Treben aus Österreich eine Vortragsreise durch Norddeutschland. In überfüllten Sälen sprach sie in Bremen, Hamburg und Rendsburg zu dem großen Kreis ihrer Anhänger über den Wert der Heilkräuter und ihre Anwendung im praktischen Leben.

Maria Treben berichtete über schnelle und dauerwirksame Heilerfolge mit Schwedenkräutern und anderen Heilpflanzen, deren Heilkraft sie an Beispielen belegte. Anhand der mitgebrachten Heilpflanzen, die allgemein im Volksmund als Unkraut bezeichnet werden, erläuterte sie die Behandlung einzelner Krankheiten. In der großen Reihe der angeführten Beispiele hob sie die Brennessel als Heilkraut mit besonders vielseitiger Wirksamkeit hervor, so als Reinigungsmittel für Leber, Galle, Milz und Nieren. Die Formen der Anwendungsmöglichkeiten von Heilkräutern sind sehr unterschiedlich, sei es, daß sie zu Tee bereitet werden, als Zusatz zu Sitz- und Vollbädern Verwendung finden oder als Auflagen dienen.

Ausführungen und Anregungen der Vortragenden wurden interessiert aufgenommen und Fragen ausführlich beantwortet. Maria Treben hat sich als Verfasserin des Buches „Gesundheit aus der Apotheke Gottes" in einer bisherigen Gesamtauflage von 300000 Exemplaren einen Namen gemacht. Vorbereitungen für die Übersetzung in mehrere Sprachen sind im Gange.

Da es sich zeigte, wie wenig Heilkräuter — auch die geläufigsten — heute wirklich gekannt werden, wurde in Rendsburg zum Ende des Vortrages der spontane Vorschlag zu einer Heilkräuterwanderung gemacht und auch gleich am folgenden Sonntag durchgeführt.

Die Teilnehmer waren dankbar dafür, in einem schönen Naturschutzgebiet unter sachkundiger Führung eines Biologen die wertvollen Heilkräuter gezeigt zu bekommen, an denen sie bisher z. T. achtlos vorbeigegangen sind.

Fr. R.

LV Hamburg

Fortsetzung von LSI 5/81

Der WSL Hamburg ist außer mit der Durchsetzung der Verbandsklage noch befaßt mit einem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der vom Landrat in Itzehoe verbotenen Brokdorf-Demonstration am 28. 2. 1981, ferner führt er zwei Antiatom-Prozesse gegen das Kernkraftwerk Krümmel und einen gegen die 1. und 2. Teilgenehmigung Brokdorf.

Die LSN als Klammer und Informationsmittel haben inzwischen eine Auflage von über 1.000 Stück erreicht. Den Freunden Wilde und Suhl, Frau Heider und den Eheleuten Tappee wurde ein besonderer Dank für ihre Mitarbeit ausgesprochen, ebenso denjenigen, die zu den zweiwöchentlichen Redaktionskonferenzen, vor allem aber zu den monatlich stattfindenden Vorstands- und Beiratssitzungen erschienen und sich aktiv beteiligten.

Die Arbeitsgruppen berichteten über den biologischen Land- und Gartenbau, den Kampf gegen schädliches Spraygas, die tierschützerischen Bemühungen gegen die Massentierhaltung, Tierversuche, für den Artenschutz u. a., die Rettung der Elblandschaft und ihres Biotops und anderer Landschaftsteile. — Bezeichnenderweise hat die Naturschutzbehörde des Senators Wolfgang Curilla gegen das für den WSL Hamburg günstige Urteil des Verwaltungsgerichts Berufung eingelegt, weil dieser Senator nach wie vor unseren Landesverband nicht als Naturschutzvereinigung anerkennen will. Hierdurch dürfte deutlich werden, daß wirklicher Naturschutz den Behörden lästig und unbequem ist. Der Landesverband sieht dem Berufungsverfahren mit großem Optimismus entgegen. Er wird sich weder durch Schwierigkeiten seitens des Senats noch durch die anderen Kräfte daran hindern lassen, auch für Einzelkläger Musterprozesse gegen Tierversuche und gegen die Hersteller von Wildblumen- und Kleintier-Vernichtungsmittel (Biozide) durchzuführen.

Der Mitgliederstand ist im vergangenen Berichtsjahr trotz besonders großer Abgänge infolge Ablebens, Wohnungswechsels oder Austritts so gestiegen, daß eine 10%ige Zunahme des Mitgliederbestands verzeichnet werden konnte. Der Landesvorsitzende brachte seine Auffassung zum Ausdruck, daß eine Erhöhung der Mitgliederzahl nicht um jeden Preis angestrebt werden solle. Denn Vereinigungen mit weniger, aber aktiven Angehörigen und Förderern seien wirksamer als unbewegliche, in sich zerstrittene und ständig den Kompromiß suchende Mammut-Organisationen mit großen passiven Mitgliedermassen.

Nach einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich auch die Gastgeber zum Thema der ganzheitlichen Naturheilweise beteiligten, dankte der Landesvorsitzende allen für ihre Mitarbeit und Hilfsbereitschaft und schloß die Versammlung mit Worten über die Aufgabe der unabhängigen Verbände bei der politischen Willensbildung.

Klaus Sojka

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –



Ruhe — Erholung — Genesung
finden Sie im
Diät- u. Kneippsanatorium Dr. Felbermayer
A-6793 Gaschurn im Alpenpark und Schistadion Montafon

Behandlg. nach den Grundsätzen einer geisteswissenschaftlich erweiterten Medizin, Nachbehandlg. nach Operationen u. schweren Erkrankungen, Krebsbasisbehandlg. (Iscadorkuren). Große Erfahrung in diätetischer Therapie, Mayr-Kur, Heilfasten, veget. Vollwertnahrung mit vorwiegend biol.-dynam. Produkten. Therap. Malen, Schulung in gesunder Küchenpraxis, Vorträge, Konzerte, Volkstanzabende auch für Senioren.
Ozonhallenbad, Massagen (Fußreflexzonen-, Segment-, Bindegewebsmassagen, Lymphdrainage).
Geführte Wanderungen im Sommer, kilometerlange Loipen zum Schiwandern, alpine Abfahrten jeden Schwierigkeitsgrades im Winter.
Telefon 0043/5558/617, Telex 521145

— Inland —



Haus Wagner
Gemütl. Schwarzwald-Bauernhaus · Veget. Vollwertkost · Biolog. Anbau Wandern, Skilanglauf Reflexzonenbehandlung · **7821 Höchenschwand-Tiefenhäusern,** südl. Schwarzwald, 900 m Höhe · Tel. 07755-513 · DM 41,—

Kur Hickethier
die große Erholung auch für Nerven und Augen
Veg. Erholungsheim L. Depke
5421 Kemmenau, Telefon 0 26 03 / 21 41.

KNEIPP-SANATORIUM v. Thümen/Teutoburger Wald
Ärztl. gel. biol. Erneuerungskuren, besonders bei Schilddrüs.- und Bandscheib.-Erkrank., Skoliosebehandl., Fußsanierung., Rheuma, Herz/Kreisl., Galle/Leber-, Bronchien-, Schlafstörg. Erschöpf. Migräne, Krampfadern, off. Beine Diabetes, Heildiäten (Demeter-Erz.), man. Lymph- drainage - Dauerbrause - Atem- u. Zell-Therapie.
Pauschalkuren ab 1428,— DM. Beihilfefähig außer Zell-, Neural- u. Meridiantherapie
4930 Detmold 17 · Hülsenweg 13 · Telefon (0 52 31) 8 85 35

Mittelrhein-Taunusgebirge
Herrlich gelegene **Ferienwohnung** (noch Termine frei).
Müller, „Waldfriede", 6223 Lorch 3, Telefon 06726/717

9 erholsame, schöpferische Fortbildungstage
mit Wanderungen, moderner Vollwerternährung, autogener Entspannung
5 Kurstage „Moderne Vollwerternährung"
in Theorie und Praxis

Anfragen: Gesundheitszentrum Dr. D. Geissler
Postfach 349 - 3353 Bad Gandersheim - Telefon 05382/1728

Ferienwohnung (2—5 Pers.)
in ruhiger Lage auf dem Lande, nahe Waldgebiet Wingst günstig zu vermieten. Tel.: (04754) 434

Ruhe und Erholung
in unberührter Natur. **Südl. Hochschwarzwald,** 950 Meter, nahe St. Blasien und Todtmoos. Gemütliche **Ferienwohnungen** für 1 bis 5 Pers. auf Südwiesenhang am Wald mit herrlichem Fernblick.
Junkers, 7821 Dachsberg-Fröhnd,
Tel. 07755/8801 oder Freiburg 0761/277327



In den Salem-Kinderdörfern gibt es auch **gepflegte Gästehäuser,** in denen die bekannte **Salem-Vollwertkost** (überwiegend aus eigenem biologisch-organischen Anbau, vegetarisch) gereicht wird.
Jeder, der die Salem-Kinderdorf-Arbeit kennenlernen möchte, ist herzlich willkommen!
Zimmer, bzw. Klein-Appartements, werden hier auch als Altersruhesitz angeboten.
Gästehaus im Salem-Kinderdorf 8652 **Stadtsteinach/Naturpark Frankenwald,** Tel.: 09225/751
Gästehaus im Salem-Kinderdorf 8741 **Höchheim b. Bad Königshofen,** Tel.: 09764/271
Gästehaus im Salem-Kinderdorf 2121 **Kovahl im Naturpark Elbufer-Drawehn,** Landkreis Lüneburg, Tel.: 05855/242.

Kurheim für Naturheilweisen AM VOGELSTOCK
6741 Vogelstockerhof (über Landau/Pfalz) - Tel. 06345/553
Leitung: Angelika Braun — Heilpr. Bernhard Keller
Moderne Ganzheitsbehandlung — biologische, vegetarische Vollwert-Ernährung bei Zivilisationsschäden, Umweltgiftbelastungen, chronischen Erkrankungen. *Dauerbrause und Schlenzkuren,* spz. Öldispersionsbäder, Massagen, Chiropraktik, Homöopathie. — Entschlackung — Regeneration. Prospekt.

Waerland-Sanatorium Haus Friedborn
über 7880 Bad Säckingen, Postfach 1405,
Tel. Rickenbach (07765) 240 und 570
Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie nach Prof. von Ardenne. Fasten- und Ernährungstherapie. Atem-, Bewegungs- und Entspannungstherapie. ***Dauerbrause — Massage — Kneipp-Therapie.***
Naturheilarzt im Hause. Beihilfefähig.

Geschäftliche Empfehlungen

STOFFE aus der NATUR
Wolle — Seide — Leinen — Baumwolle — Leder
Pflanzenfarbstoffe, handgesponnene Garne, Spinnzubehör
100 % reines Leinen, weiß, 164 cm breit, pro Meter 32,50 DM
Bitte Muster anfordern bei:
MONIKA FESER
Albertstraße 7, 7150 Backnang, Tel.: 07191/83794

Direkt vom Gutshof St. Julian
12 verschiedene Bauernwurstsorten in 400-g-Gläsern 49,50

Mettwurst	500 g 8,—	**Mitternachtssalami**	500 g 9,—
Bauernsalami	500 g 10,—	**Bauernschinken**	500 g 12,—

Versand per Nachnahme oder Vorkasse
Bioprodukte St. Julian, Schloßstraße 3, 6799 St. Julian



Dr. Max Otto Bruker
Tonkassetten:
Wie kann ich meine Gesundheit erhalten?
Ernährungsvortrag, Best.Nr. 82016 / DM 16,–
Die lebensbedingten Krankheiten und ihre Heilung, Best.Nr. 82026 / DM 16,–
Homöopathie, Leichtverständliche Erklärung dieser Behandlung, Best.Nr. 82036 / DM 16,–
biovertrieb gesundleben
Postfach 301251/21, 6072 Dreieich

Bücher: Aus der Sprechstunde
Schicksal aus der Küche, DM 36,–
Krank durch Streß, DM 36,–
Idealgewicht ohne Hungerkur, DM 9,80
Stuhlverstopfung in 3 Tagen heilbar, DM 12,–
Sich schützen vor d. Herzinfarkt, DM 24,–
Ernährungsbehandl. bei Leber-, Galle-, Magen- und Darmerkrankungen, DM 12,80
Nie mehr erkältet, DM 9,80
Rheuma - Ursache und Heilbehandl., DM 10,80

Stellenangebote

Vertreter gesucht?

Produzieren/vertreiben Sie sinnvolle und naturgemäße Erzeugnisse?
Suchen Sie ab Herbst bzw. 1. September 1981 Vertreter zum Besuch von **Naturkostläden u. ä.?**
Ich bin Anfang 30, kaufmännisch ausgebildet und besitze vielseitige praktische kaufmännische Erfahrungen; in den letzten Jahren auch mit natürlichen Produkten und mehreren Naturkostläden. Ich wohne im Raum 75, bin aber für begrenzte Zeit durchaus örtlich unabhängig.
Wenn Sie sinnvolle und natürliche Erzeugnisse herstellen bzw. vertreiben, könnte es mir Freude machen, auch Sie zu vertreten.
Bitte unterbreiten Sie mir Ihr Angebot unter Nr. 111 an die Lebensschutzinformationen 2370 Rendsburg, Hainstr. 21

Beteiligung an biol.-dyn. Landwirtschaft

Gutsbetrieb — Großraum Bad Kreuznach

bietet für die Umstellung auf biol.-dynamische Erzeugung und Direktvermarktung Beteiligungen ab 10.000 DM gegen erstrangige Grundbuchabsicherung bei 10 bis 15 % Zinsen, nach folgenden Modellen: I. Kapitalmodell, II. Warenmodell, III. Landmodell, IV. Altersvorsorgemodell, V. Mitinhabermodell.

Tätige Beteiligung in Landwirtschaft, Gärtnerei, Metzgerei, Bäckerei, Molkerei, Safterei und Vertrieb möglich.

Gutsverw. St. Julian, Schloßstraße 3, 6799 St. Julian, Telefon 06387/378

In unseren Kinder- und Jugenddörfern werden Lebensschutz-Erkenntnisse weitgehend in die Tat umgesetzt. Dazu gehören biologischer Land- und Gartenbau, biologisch gebaute Häuser, ein harmonisches Zusammenleben in der Gemeinschaft Gleichgesinnter, vegetarische Lebensweise, Nichtrauchen.
Wir stellen noch ein **Erzieherinnen, Pädagogen, Sozialpädagoginnen** (auch Eheleute), mit der Gesinnung von Christenmenschen. Auch **Praktikanten** und **Zivildienstleistende** können aufgenommen werden.
Kinder- und Jugenddorf Salem
8652 Stadtsteinach/Frankenwald (Zentrale) — Tel.: 09225/751
Kinder- und Jugenddorf Salem
2121 Kovahl/bei Lüneburg — Tel.: 05855/242
Kinder- und Jugenddorf Salem
8741 Höchheim/bei Bad Königshofen, Unterfranken
Tel.: 09764/271.



NATURWAREN

Holzbalsam: giftfrei, preiswert + vielseitig
Seiden: über 50 (!) Sorten von einmaliger Schönheit
Propolis-Tinktur: eines der wirkkräftigsten Hausmittel
Kupfer-Armbänder: 33 (!) verschiedene Muster
Fordern Sie unter dem Stichwort „LSI" Unterlagen an!

Vogelflug Ziegelstr. 2b, 4902 Bad Salzuflen, Tel. 05222/3095

ECHTE BLÜTENPOLLEN

100 % naturrein, spezialgereinigte Spitzenqualität, gut bei Streß, Alter, Prostata, Kreislauf, WERBEPREIS kg 29,90; f. Blase-Prostata regt Funkt. an + stärkt: 40 Prostat./Kürbisk./Pollen-Kaps. 12,75; Vita-Kürbiskerne, schalenlos: kg 19,90; f. Herz/Kreislauf/Vitalität/-Blutdruck: 200 Knobl.-Mistel-Weißdorn-Kaps. 14,95

NATURHEILMITTEL-KEMPF
Postfach 15, 7535 Königsb.-Stein

Echter Tennessy-Wiggler

(Kanada), bester Kompostbereiter, weil er allen Wurmarten überlegen ist, schafft feinkrümeligen, kraftvollen und geruchlosen Humus, standorttreu, Tieflockerung des Bodens.
Erh. bei Oskar Angst, 1. Züchter des T. W. in der Bundesrepublik mit 20jähr. Erfahrung, **Pflügersgrundstraße 33, 6800 Mannheim,**
Telefon 0621/332241 oder 785915.

Für alle Gartengrößen:

Mücke-Komposter

DBP · Die Nr. 1 unter den Schnellkompostern.
Leistungsstark, überlegen, praktisch.
Die Kompostfabrik auch für Ihren Garten!
Prospekt und Referenzen frei.
ING. H. BRANDT, 4834 HARSEWINKEL L



Freunde des naturgemäßen Gartens!
Nur wir bauen seit 1976 den tausendfach bewährten elektr. (1500 W, 220 + 380 V)

Gartenhäsler GH 1

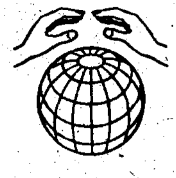
ACHTUNG! Dieser Name ist unsere Hausmarke!
(jetzt bauen wir auch einen Handhäcksler)
Werner Wolf GmbH, Maschinen- und Apparatebau
Eichenstr. 27, 5308 Rheinbach-Ramershoven, Telef. 02226/6325

Das delikate Ur-Brot

Einfach: Roggenschrot, Wasser und Salz, das ist die ganze Rezeptur. Und dazu ein Batzen Sauerteig.
Sauber: Korn aus biologischem Anbau, d. h. ohne Spritzung und ohne chemischen Dünger. Und auch beim Backen gibt es keinerlei Zusätze.
Schmackhaft: Die schonende westfälische Backweise (bei nur 95° C) läßt sogar den nußartigen Eigengeschmack des Kornschrotes weitgehend unversehrt. Das Brot wurde zur internationalen Delikatesse.
Und sogar haltbar! Das ist der Beitrag unserer Generation: Eine Vakuumpackung, die das Brot so bewahrt, wie es gebacken wurde, monatelang, ohne Zusätze und Behandlung. "Frischbrot auf Abruf", solange die Verpackung dicht ist.

Bioland® Brot MODERSOHN

Wo Sie das Brot nicht bekommen, schicken wir es Ihnen per Post.
Bestellen Sie ein 9-Pfd.-Paket (frei Haus u. Zust.) aus biologischem Anbau: 9x1,98 DM (17,82 DM)
Modersohn, 4780 Lippstadt/Westf., Süddertor 15/11



Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e. V., Bretthorststr. 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Stadtsparkasse Vlotho Kto. Nr. 529602 (BLZ 49052035) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ursula Haverbeck-Wetzel, D-4973 Vlotho, COLLEGIUM HUMANUM, Telefon 05733/2680
Anzeigen: Dr. Fr. Ross, D-2370 Rendsburg, Hainstraße 21, Telefon 04331/22646
Bezugsgebühr: jährlich 20,— DM einschl. 6,5 % MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck, Buch- + Offsetdruck, Poststraße 2, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100 % Altpapier — hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.